FRAKTION
IM GESAMTPERSONALRAT DER LEHRERINNEN UND LEHRER
BEIM STAATLICHEN SCHULAMT OFFENBACH

Offenbach 30.04.2018

Offener Brief an

Herrn
Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

Sehr geehrter Herr Minister Prof. Dr. Lorz,

erfreut haben wir zur Kenntnis genommen, dass Sie im Rahmen Ihres Besuches im SSA Offenbach am 18.4.2018 Zeit gefunden haben, mit der Vorsitzenden des GPRLL Frau Birte Krenz ein Gespräch zu führen, in welchem die zahlreichen Überlastungsanzeigen thematisiert und unterschiedliche Standpunkte besprochen wurden. Wir sehen uns durch dieses Gespräch mit unseren Belastungen wahr genommen.

Am Donnerstag, 19.4.2018 erreichten uns schockierte Anrufe und entsetzte E-Mails von Grundschulkolleginnen und -kollegen aufgrund des folgenden Presseartikels in der Offenbach Post vom selbigen Tag (Auszug):

"Der Kultusminister stellt aber auch klar, dass nicht alle Forderungen der Pädagogen erfüllt werden können, beispielsweise, dass Grundschullehrer besser bezahlt werden. Hier müsse man abwägen: Eine bessere Bezahlung bedeute gleichzeitig, dass weniger Lehrer eingestellt werden könnten und damit sei den Grundschulen auch nicht geholfen. Lorz findet ohnehin, dass Grundschulpädagogen keinen Hungerlohn bekommen, und aufgrund des Arbeitsaufwands wäre es nicht vertretbar, dass sie so viel verdienen wie Lehrer an weiterführenden Schulen."

Wir können den Inhalt dieses Artikels, der Ihre Meinung bzgl. des Arbeitsaufwands der Grundschullehrerinnen und -lehrer darzulegen beansprucht, in keiner Weise nachvollziehen. Die dort dargestellten Aussagen deklassieren die Arbeit der Grundschulpädagogen in ungerechtfertigter Weise und versagen ihr jegliche Wertschätzung.
In Zeiten, in denen Grundschulpädagogen fehlen und der Bedarf deutlich über dem Angebot liegt, in denen das Kultusministerium pensionierte Lehrer reaktiviert und Lehrer in Teilzeit bittet, ihre Stundenzahl zu erhöhen, ist solch eine Aussage nicht nachvollziehbar. Die fehlende Wertschätzung der Grundschularbeit wird nicht zu einer erhöhten Motivation bzgl. der Berufswahl oder einer freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit führen!

Insbesondere vor dem Hintergrund der zahlreichen Überlastungsanzeigen, die Ihnen zur Kenntnisnahme vorgelegt wurden, wird die im oben genannten Presseartikel vorgenommene Bewertung den Anforderungen, die im heutigen Schulalltag an die Grundschullehrkräfte gestellt werden, nicht gerecht.
Neben der Kernaufgabe eines Lehrers, den Unterricht gewissenhaft und häufig mehrfach differenziert vor- und nachzubereiten und natürlich zu unterrichten, haben sich für alle Lehrer - insbesondere aber für die Grundschulpädagogen - die Aufgaben und somit die Arbeitsbelastungen um ein Vielfaches erhöht. Beispielhaft seien hier nur die folgenden erwähnt:

- **Inklusive Beschulung** unter teilweise katastrophalen insbesondere personellen Bedingungen als Aufgabe der Grundschule
- Anteil von **auffälligen Schülern** (emotional-sozial, sprachlich, beim Lernen) erhöht sich in erschreckendem Maße, Konsequenz: vermehrte Gespräche mit Eltern und Fachleuten, Dokumentationen, Schulberichte, Förderpläne
- **vermehrte Koordination** mit Unterstützungssystemen (Schulsozialarbeit, Förderschullehrkräfte, Jugendamt, SPZ, Sozialamt, Schulpsychologie, Erziehungsberatungsstellen, Kinderärzte, Therapeuten)
- Anzahl der **Seiteneinsteiger** steigt insbesondere auch in den Grundschulen
- Erstellung von **Konzepten**: Ganztagsschule, Schutz, Medien, Datenschutz
- Lernstanderhebungen im 3. Schuljahr, Auswertung, digitale Eingabe

Der Arbeitsaufwand einer engagierten Lehrkraft ist in allen Schulformen sehr hoch, der eines Grundschulpädagogen aufgrund der besonderen pädagogischen Anforderungen (junge Lernende) auf keinen Fall niedriger. Es wäre für jeden Grundschulpädagogen ein Schlag ins Gesicht, wenn der **fachliche Anspruch** einer Lehrtätigkeit vom obersten Dienstherrn so deutlich **über** den **pädagogischen Anspruch** erhoben werden würde, wie in diesem Artikel dargestellt. Wir würden es daher sehr begrüßen, wenn Sie sich von den in diesem Artikel dargelegten Aussagen distanzieren.

Wir fordern nach wie vor eine deutliche Reduzierung der Pflichtstundenzahl für Grundschullehrerinnen und -lehrer. Die Gehaltsstufe A13 für Grundschulpädagogen bleibt außerdem berechtigte Forderung. Deren Finanzierung kann nicht über die Reduzierung der Anzahl der einzustellenden Lehrer gehen.

Mit freundlichen Grüßen

Edeltraud Trinowitz, Kirsten Schultheis-Schauer, Martina Billy
für die Mitglieder der GEW-Fraktion im GPRLL des Staatlichen Schulamts Offenbach